

Die Senatorin

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Senatorin,
Oranienstraße 106, 10969 Berlin

Schwulenberatung Berlin ggmbh
Herr Marcel de Groot
Mommsenstr. 45
10629 Berlin



Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bearbeiter/in:

Zimmer:
4104
Telefon:
(030) 9028 (Intern: 928) 2700
Telefax:
(030) 9028 (Intern: 928) 2050
Datum:

30 .08.2011

Wahlprüfsteine HIV und Arbeit

Ihr Schreiben vom 12.08.2011

Sehr geehrter Herr de Groot,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung von Wahlprüfsteinen zur diesjährigen Abgeordnetenhauswahl. Ich finde es positiv, wenn sich Vereine und Träger entscheiden, so Politik transparent zu machen und über das reine Wahlprogramm der einzelnen Parteien in einen Austausch zu kommen.

Die von DIE LINKE verantwortete Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz hat mit dem Rahmenkonzept HIV/Aids aus meiner Sicht einen wesentlichen inhaltlichen Input gegeben. Wie Sie völlig richtig in Ihrem Brief anmerken, hat sich beim Thema HIV/Aids in den vergangenen Jahren vieles verändert. Das muss sich auch in der Politik bemerkbar machen.

Uns ist vor allem wichtig, dass,

- die Präventionsarbeit und Aufklärung zur Verhinderung von HIV-Neuinfektionen verstärkt wird,
- ein akzeptierter und solidarischer Umgang mit Menschen mit HIV/Aids und/oder Hepatitiden gefördert wird,
- ein stärkerer Fokus auf Interkulturalität gelegt wird,
- und der Bereich Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit derartigen Infektionen stärker in den Mittelpunkt rückt.

Das Rahmenkonzept wird in einem nächsten Schritt konkretisiert. Dieser Prozess ist bereits beauftragt. Die erste Arbeitsgruppensitzung findet noch im September diesen Jahres statt.

Nun aber zu Ihren Fragen zum Thema Arbeit.

Wie Sie wissen, ist die Arbeitsmarktpolitik eine Bundesaufgabe. Hatten die Kommunen bis zum letzten Jahr über die Arbeitsgemeinschaften (Jobcenter) noch einen gewissen Einfluss, ist uns

Dienstgebäude:
Oranienstraße 106
10969 Berlin



Fahrverbindungen:
- U6 Kochstr., Bus M29
- U8 Moritzplatz, Bus M29
- U2 Spittelmarkt (ca. 10 Min. Fußweg)
- S1, S2, S25 Anhalter Bahnhof, Bus M29
- Bus M29, 248

Sprechzeiten:
Montag und Dienstag
von 10.00 bis 14.00 Uhr
und nach telefonischer
Vereinbarung

Zahlungen bitte
bargeldlos nur an die
Landeshauptkasse,
Klosterstr. 59
10179 Berlin

Kontonummer
58-1 00
0 990 007 600
10 001 520

Geldinstitut
Postbank Berlin
Landesbank Berlin
LZB Berlin

Bankleitzahl
100 100 10
100 500 00
100 000 00

E-Mail: Anna-Lena.Orlowski@senias.berlin.de

(Der Empfang elektronisch signierter Dokumente ist vorerst nicht möglich.)

Internet: www.berlin.de/sen/ias/

dieser mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgesetzes und der daraus erfolgten gesetzlichen Klarstellung der Zuständigkeiten, genommen worden.

Die Auswirkungen spüren wir zur Zeit. Die Kürzungen der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik führen auch in Berlin zu erheblichen Einschränkungen und wir sind trotz großer Anstrengungen nicht in der Lage dies auszugleichen. Immerhin fehlen durch die Entscheidungen der Bundesregierung allein in diesem Jahr 200 Mio. € im Etat der Jobcenter.

Das sei für den Rahmen voran gestellt.

Dennoch gibt es eine Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten.

- In den jährlich aufzustellenden Arbeitsmarktprogrammen sollen bestimmte Zielgruppen einen besonderen Raum einnehmen. Dazu zählen auch chronisch kranke Menschen. Bei der Planung von Maßnahmen (z.B. MAE) sind diese entsprechend zu berücksichtigen.
- Wir fordern Maßnahmebündel, die soziale Angebote und Arbeitsfördermaßnahmen zusammenführen. Dabei wollen wir langfristige Förderstrategien (Einzelmaßnahmen, die aufeinander aufbauen.), die nachhaltig helfen.
- Dazu sind bereits Arbeitsgruppen mit Jobcentern, Bezirken, der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit und dem Senat gebildet worden. Wir bringen unsere Vorstellungen dort ein. Erste Ergebnisse sollen im Dezember vorliegen. Diese werden wir auch in die Weiterentwicklung des o.g Rahmenkonzeptes einbringen.
- Maßnahmeplanungen sollen mit den Trägern und den Bezirken/Senat zukünftig rechtzeitig inhaltlich abgestimmt werden (z.B. kommunales Votum für die AGH bei der Schwulenberatung). Die Letztentscheidungen der Jobcenter sollen den Trägern transparent gemacht werden.
- Außerdem setzen wir auch weiterhin auf den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der jenseits der kurzfristigen 1€-Jobs langfristige Perspektiven schaffen kann. Unsere Erfahrungen zeigen, dass mit unseren ÖBS-Stellen neue Lebensperspektiven geschaffen werden konnten. Wir sind in Berlin die einzige Partei, die konsequent auf diese Förderung setzt. Insgesamt sind dafür 36 Mio. € vorgesehen. Davon profitieren nach unseren Erkenntnissen auch Menschen mit HIV/Aids, denn sie sind durch ihre chronische Krankheit oft gesundheitlich so eingeschränkt, dass es nur geringe Perspektiven auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt gibt.
- Bereits begonnen haben wir mit der Aufklärungsarbeit in den Jobcentern. Diese soll fortgesetzt werden. Unsere Erfahrung ist, dass die Angebote der Beratungsstellen und öffentlichen Einrichtungen von den Kollegen in den Jobcentern gern angenommen werden. Das wollen wir auch weiterhin organisieren und ggf. vertiefen.

Lassen Sie mich noch ein paar andere Punkte anfügen, die Sie zwar nicht ausdrücklich abgefragt haben, die für DIE LINKE aber wichtig sind und die auch Menschen mit HIV/Aids angehen.

Wir streiten und kämpfen für „Gute Arbeit“. Wir wollen eine existenzsichernde Entlohnung und fordern deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn. Bei den öffentlichen Aufträgen des Landes Berlin erwarten wir z.B. einen Mindestlohn von 7,50 €. Das haben wir in dieser Legislaturperiode durch das erste bundesdeutsche Vergabegesetz mit sozialen Mindeststandards erwirkt. Wir wollen, dass dies auch nach der Wahl am 18.09.2011 so bleibt. Wir wollen, dass die Leiharbeit reglementiert wird. Mit unserer Klage gegen die christlichen Gewerkschaften in der Leiharbeit haben wir einen Teilerfolg erzielt, der immerhin Auswirkungen

für ca. 250 000 Beschäftigte hatte und Nachzahlungen von Lohn- und Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 1,2 Milliarden € nach sich gezogen hat.

Wir treten gegen Diskriminierung in ihren unterschiedlichen Formen ein. DIE LINKE hat durchgesetzt, dass es eine eigene Landesstelle gibt. Diese Arbeit wollen wir fortführen. Dazu gehört die „Initiative für sexuelle Vielfalt“. Diese liegt uns sehr am Herzen und wir kämpfen für Ihre Umsetzung. Da Sie selber sehr engagiert mitarbeiten, muss ich an dieser Stelle dazu sicher nicht mehr ausführen. Nur so viel, das Thema Fort- und Weiterbildung spielt dort eine wichtige Rolle. Aus unserer Sicht bedarf es für die Verstärkung der Initiative einer finanziellen Unterstützung im kommenden Doppelhaushalt von je 135.000 €.

Einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Sicherung der Arbeit im Themenfeld HIV/Aids leistet das integrierte Gesundheitsprogramm.

Es ist uns gelungen den Vertrag für die nächsten 5 Jahre vertraglich abzusichern und das trotz der schwierigen Haushaltsslage und der Konsolidierungslast, die auf allen Ressorts liegt.

Folgende Leistungen will DIE LINKE auch zukünftig fördern:

- Versorgung (Beratung, Betreuung, Begleitung) von Menschen mit HIV/Aids sowie deren Angehöriger und Partner(innen), auch (ergänzende) medizinische und pflegerische Versorgung
- Prävention (sowohl primär als auch sekundär)
- Planung und Entwicklung (inhaltlich-konzeptionelle und/oder strukturelle Weiterentwicklung von Leistungsbereichen und Angeboten)
- Öffentlichkeitsarbeit
- Qualitätsmanagement/Qualitätssicherung im Rahmen eines transparenten Dokumentationssystems
- Leitung und Verwaltung der einzelnen Projekte
- Anwaltschaft (Vertretung von Klienteninteressen gegenüber Dritten)

Zum Schluss noch ein Bereich, der mir als Sozialsenatorin natürlich sehr am Herzen liegt.

DIE LINKE streitet dafür, dass unterschiedliche Lebensweisen und sexuelle Orientierungen auch im Alter volle Anerkennung finden. Betreute Wohngemeinschaften, Sanatorien, Heime müssen für gleichgeschlechtliche und intersexuelle Lebensweisen offen sein. DIE LINKE unterstützt deshalb das persönliche Budget und die persönliche Assistenz, um ein selbstbestimmtes Leben in voller Teilhabe auch außerhalb von Heimen zu ermöglichen. Langfristig muss ein bundesweites Nachteilsausgleichsgesetz geschaffen werden, welches das persönliche Budget ersetzt und vom Bund finanziert wird. Dadurch können Länder und Kommunen über rund 10,5 Milliarden Euro (Berlin zwischen 300-400 Millionen Euro) mehr verfügen.

Ich möchte Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber vor allem auch den vielen ehrenamtlich Engagierten der Schwulenberatung Berlin ganz herzlich Dank sagen. Ich weiß, wie wichtig Ihre Arbeit ist und wie unersetzlich Sie alle sind. Denn nur der direkte Kontakt, das freundliche Wort, die starke Schulter sorgen für Solidarität und Gemeinschaft. Das ist es was unsere Stadt lebens- und liebenswert macht und es ist durch nichts zu ersetzen.

Herzlichst Ihre Carola Bluhm

